

Wissenschaft kurz gefasst! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung

Santel, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Santel, B. (2005). Wissenschaft kurz gefasst! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Migration und ethnische Minderheiten 2005/1, 7-15. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-205951>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wissenschaft kurz gefasst!

Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung

Bernhard Santel

Der E-Mail-Dienst „Wissenschaft kurz gefasst! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung“ ist ein neues Informationsangebot des Landesentrums für Zuwanderung NRW. Er macht aktuelle sozialwissenschaftliche Ergebnisse im Themenfeld Migration und Integration komprimiert verfügbar. Dadurch soll der Transfer wissenschaftlicher Informationen zu handelnden Akteuren in Politik, Verwaltung und Praxis sowie zu interessierten Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden. Nachfolgend finden Sie die ersten drei Ausgaben des E-Mail-Dienstes, der 6-8 mal im Jahr erscheinen soll. Im Internet ist er unter der Adresse des Landesentrums (www.lzz-nrw.de) zu finden. Sie können den E-Mail-Dienst auch abonnieren. Alle Informationen dazu finden Sie unter der angegebenen Adresse im Internet.

Nr. 3/2004:

Zuwanderung entlastet öffentliche Haushalte:

Effekt ist umso ausgeprägter, je höher die Qualifikation der Migranten ist

Quellen: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz, Prof. Dr. Thomas Bauer, Dr. John Haiken-DeNew, Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (RWI-Essen): Fiskalische Kosten der Zuwanderung, Essen, 2004; Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration: Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004, Nürnberg, 2004.

Problem: Zugewanderte und Deutsche zahlen a) direkte Steuern (u.a. Lohn- und Einkommenssteuer) und indirekte Steuern (u.a. Mehrwertsteuer) sowie b) Abgaben zur Sozialversicherung. Gleichzeitig entnehmen Zugewanderte und Deutsche den öffentlichen Kassen auch Leistungen. Profitieren Wirtschaft und Steuerzahler nun von Zuwanderung? Oder ist es umgekehrt: Belastet Zuwanderung die öffentlichen Haushalte und führt zu erhöhter Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen bei einheimischen Deutschen? Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Niederlanden, werden diese Fragen unter dem Stichwort der „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ kontrovers diskutiert. Die hier vorgestellten Studien nehmen eine Bestandsaufnahme vor und präsentieren eine eigene Bilanzierung der Kosten und Nutzen von Zuwanderung.

Ergebnisse: Zuwanderung darf nicht auf ökonomische Rationalität reduziert werden. Gleichwohl ist die Frage nach den volkswirtschaftlichen Wirkungen unerlässlich. Die Berechnung der Kosten und Nutzen von Zuwanderung wirft dabei gravierende methodische Probleme auf. So treten Zugewanderte ebenso wie Einheimische volkswirtschaftlich in sehr verschiedenen „Rollen“ auf. Sie sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber, erwerbstätig und erwerbslos, Konsumenten, Investoren und Sparer. Je nach „Rolle“ kaufen oder verkaufen sie, zahlen Steuern und Sozialabgaben oder beziehen Rente, Erziehungsgeld oder Sozialhilfe. Auf den Euro genau zu berechnen, was eine Person in Form von

Steuern und Sozialabgaben gegenwärtig oder im Verlauf ihres Lebens einzahlt bzw. entnimmt, ist ein heikles Unterfangen. Ist schon eine individuelle, den Einzelnen in den Blick nehmende Kosten-Nutzen-Bilanzierung schwierig, so erhöht sich das Problem noch, untersucht man global ganze Gruppen. So lassen sich etwa staatliche Ausgaben im Bildungssystem oder für die öffentliche Infrastruktur nicht eindeutig Deutschen oder Zugewanderten zuordnen. Wie die Bilanz ausfällt, ist darüber hinaus vom Zeitpunkt der Betrachtung abhängig. So führen zusätzliche (qualifizierte) Deutschkurse für Zuwanderer aktuell zwar zu Mehrausgaben der öffentlichen Hand, versprechen zukünftig jedoch Erträge in Form höherer schulischer und beruflicher Qualifikationen und beugen so einer möglichen Abhängigkeit von sozialstaatlichen Transferzahlungen vor. Auf den Punkt gebracht: Integration ist teuer, Nichtintegration ist teurer.

Zudem fallen die Kosten und Nutzen von Einwanderung niemals gleichmäßig an. Selbst wenn eine Volkswirtschaft insgesamt daraus Nutzen zieht, müssen davon nicht alle profitieren. Bei Zuwanderungen kommt es immer darauf an, ob sie komplementär, also ergänzend oder substitutiv, also ersetzend, wirken. Konkret: Zuwanderer können durch ihr Know-how die Produktivität eines Betriebes erhöhen und so neue Arbeitsplätze schaffen. Zugewanderte, gerade dann, wenn sie „billiger“ sind, können aber auch einheimische Arbeitskräfte verdrängen oder deren Löhne negativ beeinflussen. Trotz dieser Einschränkungen erlaubt die migrationswissenschaftliche Literatur dennoch einige allgemeine Schlussfolgerungen zu den Effekten von Migration:

- Von der Einwanderung hoch Qualifizierter profitieren sowohl die einheimischen hoch, als auch die einheimischen gering Qualifizierten. Dieser Effekt zeigte sich deutlich bei der „Green Card“, die zusätzliche Arbeitsplätze für ansässiges Fachpersonal geschaffen hat.
- Von der Einwanderung gering Qualifizierter profitieren nur die einheimischen hoch Qualifizierten. Für die ansässigen gering Qualifizierten verschärft sich hingegen der Wettbewerb um Stellen und drückt die Löhne.

Insgesamt, so heißt es bei Loeffelholz et.al., kommt die „weit überwiegende Anzahl“ der vorgelegten nationalen und internationalen Analysen zum Ergebnis, dass sich Migration für moderne Volkswirtschaften in der Vergangenheit „gerechnet“ hat und weiter „rechnet“. Die in der Bundesrepublik lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderer stellen „fiskalisch einen erheblichen Gewinn“ für die heimische Volkswirtschaft dar.¹

Das Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration spricht ergänzend von einer „beträchtlichen Entlastung der öffentlichen Haushalte“ durch Zuwanderung. Trotz methodischer Bedenken wagen die Autoren eine zahlengenaue Kalkulation. Pro Kopf und Jahr zahlen danach die in Deutschland lebenden ausländischen Zugewanderten – bezogen auf das Referenzjahr 1997 – knapp 909 Euro mehr in die öffentlichen Haushalte ein, als sie aus diesen entnehmen. Insgesamt entlasten ihre Steuern und Sozialabgaben damit die öffentlichen Haushalte jedes Jahr um knapp 15 Milliarden Euro.² Damit widersprechen beide Studien den Ergebnissen dreier anderer,

1 Für den volkswirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderung ist neben der mitgebrachten Qualifikation auch die Investition in Integrationsmaßnahmen von Bedeutung. Auf diesen Zusammenhang haben von Loeffelholz/Thranhardt bereits im Gutachten „Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer“ hingewiesen, das 1996 im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalens erstellt worden ist.

2 Im Bericht des Sachverständigenrates ist auf S. 212 fälschlicherweise von einer Entlastung in Höhe von 1.778 Euro die Rede. Auf Nachfrage wurde dem LzZ mitgeteilt, dass es sich hierbei um einen Fehler handle, der durch den Bezug auf 1997 und die Berechnungen in DM zustande kam. Korrekt ist der Betrag 1.778 DM, bzw. 909 Euro.

jüngst vorgelegter Untersuchungen, die die negativen fiskalischen Konsequenzen der Migration nach Deutschland (und in die Niederlande) betonen und von erheblichen Mehrkosten sprechen.³

Loeffelholz et.al. machen am Beispiel des Solidaritätszuschlags zur Einkommens- und Körperschaftsteuer, der der Finanzierung der Lasten der deutschen Einigung dient, auf den Beitrag von Zuwanderern zum allgemeinen Steueraufkommen aufmerksam. Ohne ihre Beteiligung müsste der gegenwärtig bei 5,5% liegende „Soli“ auf 6% steigen, um auf die gleiche Einnahmehöhe zu kommen. Damit tragen die in Deutschland lebenden Migranten erheblich zur Finanzierung der deutschen Einheit bei und reduzieren dadurch gleichzeitig die individuelle Belastung der ansässigen Deutschen.

Zusammenfassend kommen beide Untersuchungen zu einer positiven Bewertung der volkswirtschaftlichen Folgen der Zuwanderung nach Deutschland. Sie lassen gleichzeitig keinen Zweifel daran, dass der Effekt abnimmt, je geringer die Qualifikation der Migrantinnen und Migranten ist. Da sich nur ein Teil der Einwanderung nach Deutschland gemäß Qualifikationskriterien steuern lässt – Familien- und Spätaussiedlermigration haben ihre Grundlagen in rechtlichen und humanitären, nicht in wirtschaftlichen Erwägungen, – sprechen sie sich für eine duale Zuwanderungsstrategie aus:

1. Alle Arbeitsmarktprognosen erwarten einen Trend hin zu steigender Nachfrage nach Hochschul- und Fachhochschulabsolventen sowie abnehmender Nachfrage nach gering Qualifizierten. Eine arbeitsmarktorientierte Politik sollte daher die Zuwanderung von Geringqualifizierten begrenzen und die von Hochqualifizierten aktiv forcieren.
2. Viele in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten haben Potentiale, die fahrlässigerweise brach liegen. Gelänge es, ihr Qualifikationsniveau auf das der ansässigen deutschen Bevölkerung anzuheben, könnte der Staat mit zusätzlichen Steuer- und Beitragseinnahmen in Milliardenhöhe rechnen.

Originalzitate im Quelltext:

„Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass die generalisierende Behauptung, dass Zuwanderer die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig belasten, nicht haltbar ist. Gleichwohl fielen die positiven Auswirkungen der Zuwanderung noch stärker aus, wenn Deutschland eine Zuwanderungspolitik hätte, die die Zuwanderung von hoch Qualifizierten fördert.“ (Jahresgutachten 2004, S. 214)

„Entfällt ein hoher Anteil der Zuwanderung auf gering Qualifizierte, wie zur Zeit beispielsweise auf Grund von Familienangehörigen, so verschärft sich in erster Linie der Wettbewerb um Stellen für solche Arbeitskräfte.“ (Jahresgutachten 2004, S. 206)

3 Vgl. Sinn, H.-W./Flaig, G./Werdig, M. (2001): EU-Erweiterung und Arbeitskräfteintegration – Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 2, München; Birg, H. (2002): Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland, IBS-Materialien Nr. 29, Bielefeld; Roodenburg, H./Euwals, R./ter Rele, H. (2003) Immigration and the Dutch Economy, Netherlands Bureau of Economic Research, Den Haag.

Nr. 2/2004:

**Zuwanderungspolitik in den Niederlanden:
Erfolge bei rechtlicher und politischer Gleichstellung aber große Defizite bei
wirtschaftlicher Integration**

Quelle: Böcker, Anita/Groenendijk, Cees 2004: Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande. Tolerant, liberal und offen? In: Friso Wielenga/Ilona Taute (Hrsg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn, S. 303-361.

Problem: Lange Zeit wurde die niederländische Zuwanderungspolitik international als modellhaft betrachtet. Der offizielle Multikulturalismus galt als vielversprechender Weg im Umgang mit Zugewanderten ebenso wie das „Poldermodell“ wegweisend für eine wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik stand.

Die niederländische Minderheitenpolitik orientierte sich am Ziel der „Integration unter Wahrung der eigenen Identität“. In Deutschland blickte man nicht ohne Bewunderung nach Westen, sah sich die eigene Politik doch dem ständigen Vorwurf ausgesetzt, die Realität der Einwanderung zu ignorieren. Zum positiven Bild der Niederlande trug zudem ein parteienübergreifender Konsens bei, Zuwanderungs- und Integrationsfragen öffentlich eher vorsichtig zu thematisieren. Demgegenüber war dieses Politikfeld in Deutschland immer wieder Anlass scharfer politischer Auseinandersetzungen.

Böcker/Groenendijk streichen in ihrem Beitrag Leistungen der niederländischen Politik heraus, weisen aber gleichzeitig auf große Defizite insbesondere bei der wirtschaftlichen Integration von Zugewanderten hin. Hier sei die Situation in Deutschland partiell sogar besser.

Ergebnisse: Für die deutsche Diskussion ist interessant, dass in den Niederlanden die Zuwanderung nicht nach Staatsangehörigkeit differenziert wird. Damit hat man frühzeitig auf die Tatsache reagiert, dass der Pass über Migrationshintergründe immer weniger aussagt. Um nicht den Begriff „Ausländer“ (buitenlander) zu benutzen, wurde in den 70er Jahre die Bezeichnung „ethnische Minderheiten“ eingeführt. Auf die Kritik, der Terminus würde nicht nur objektive Ungleichheit, sondern auch Ungleichwertigkeit ausdrücken, reagierte man durch die bis heute gültige Unterscheidung in „Autochthone“ und „Allochthone“. Allochthone sind danach Personen, die

- a) selbst nicht in den Niederlanden geboren wurden oder
- b) deren Eltern nicht in den Niederlanden geboren wurden.

Aus dieser Definition folgt, dass die 3. Generation der Zugewanderten begrifflich nicht mehr von den „einheimischen“ und mehrheitlich „weißen“ Niederländern unterschieden wird und damit zu den Autochthonen gehört.

In der neueren öffentlichen Diskussion wird ergänzend immer häufiger ein Unterschied zwischen „westlichen“ und „nicht-westlichen“ Allochthonen gemacht, wobei das Herkunftsland entscheidend ist. Unter „westlich“ werden in den Niederlanden außer Europa, Nordamerika und Ozeanien auch Indonesien und Japan verstanden; ausgenommen bleibt die Türkei. Unter „nicht-westlich“ werden alle übrigen Länder gefasst, d.h. Afrika und Asien, Südamerika und die Türkei. Wenn von Migranten als Problemgruppe gesprochen wird, ist zumeist die „nichtwestliche allochthone Wohnbevölkerung“ gemeint. Die folgende Tabelle dokumentiert die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Niederlanden.

Migranten in den Niederlanden nach Geburtsland, Geburtsland der Eltern und Staatsangehörigkeit:
Stand 1.1.2000

	(A) Geburtsland ist ...	(B) Geburtsland mind. eines Elternteils ist ... (inkl. A)	(C) Staatsangehörigkeit
Surinam	183.000	303.000	9.000
Türkei	178.000	309.000	101.000
Marokko	153.000	262.000	120.000
Indonesien	141.000	405.000	9.000
Deutschland	107.000	401.000	54.000
Ndl. Antillen	69.000	107.000	-
Ehem. Jugoslawien	50.000	67.000	16.000
Großbritannien	41.000	69.000	39.000
Belgien	35.000	113.000	25.000
Irak	30.000	33.000	10.000
Somalia	21.000	29.000	5.000
China	20.000	30.000	7.000
<i>Zusammen</i>	<i>1.431.000</i>	<i>2.775.000</i>	<i>652.000</i>
Anteil an Bevölkerung der Niederlande	9,0 %	17,5 %	4,1 %

Nur 4,1 % der Einwohner in den Niederlanden sind Ausländer. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen waren es laut 3. Zuwanderungsbericht zum gleichen Zeitpunkt 11,1 %, also fast dreimal so viele.⁴ Hier wirkt sich neben der Tatsache, dass die meisten Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien Staatsbürger sind eine im internationalen Vergleich hohe Einbürgerungsquote aus. Im Jahr 2000 wurden 7,6 % der Ausländer eingebürgert, in Nordrhein-Westfalen waren es (ohne Spätaussiedler) 3,3 %.⁵ Blickt man hingegen auf die im Ausland Geborenen (A), dann liegt ihr Anteil an der Bevölkerung bei 9 %; addiert man dazu (A+B) all diejenigen, die mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil haben, kommt man auf 17,5 %. Jeder 6. Einwohner der Niederlande ist also entweder selbst im Ausland geboren oder hat im Ausland geborene Eltern.

Fast alle Zugewanderten sind Staatsbürger, zwei von drei „Türken“ haben den niederländischen Pass

Die Tatsache, dass 96 % der Bevölkerung die Staatsangehörigkeit besitzen, die weitaus überwiegende Zahl der Zugewanderten - zwei Drittel der Zugewanderten aus der Türkei und die Hälfte der Marokkaner - also im Besitz aller politischen Rechte inkl. des Wahlrechts ist, sehen Boecker/Groenen-

4 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, S. 36.

5 Vgl. ebenda, S. 41.

dijk als zentralen Erfolg der niederländischen Zuwanderungspolitik an. Hinzu kommt, dass 1986 das kommunale Ausländerwahlrecht eingeführt wurde, der niederländischen Pass als Voraussetzung für die Einstellung in den Öffentlichen Dienst gestrichen wurde und 1994 ein Antidiskriminierungsgesetz in Kraft trat. Jeder, der sich ungerecht behandelt fühlt, kann bei der *Commissie Gelijke Behandling* (CGB) Klage erheben, deren Urteile allerdings nicht rechtsverbindlich sind.

Die politischen Parteien haben auf das Wahlrecht der Zugewanderten reagiert: Fast 10 % der Parlamentarier der Tweede Kamer haben heute einen Migrationshintergrund.

Wirtschaftliche Integration der Zugewanderten hinkt aber hinterher

Der weitgehend erfolgten politischen und rechtlichen Gleichbehandlung folgte die wirtschaftliche Integration bis heute nur zögerlich nach. In Deutschland fallen die sozioökonomischen Diskrepanzen zwischen Einwanderern und Einheimischen dagegen deutlich geringer aus, insbesondere im Hinblick auf den schulischen Erfolg, die Arbeitslosigkeit und die Segregation in den Städten. Es ist insbesondere die Lage der Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt, die in den Niederlanden trotz aller staatlichen Maßnahmen defizitär ist:

- mit 8 % bis 13 % liegt die Arbeitslosenquote drei bis viermal über dem nationalen Durchschnitt von (2000) 3 %,
- von den Zugewanderten mit türkischem und marokkanischem Hintergrund zwischen 15 und 65 Jahren hat weniger als die Hälfte eine bezahlte Arbeit,
- die Erwerbsquote der Frauen mit türkischem und marokkanischem Hintergrund liegt bei unter 25 %.

Die defizitäre wirtschaftliche Situation bei vollzogener rechtlich-politischer Integration und der Wahlerfolg der Partei um den ermordeten Pim Fortuyn haben in den Niederlanden den bis dato existierenden „multikulturellen Konsens“ zerbrechen lassen. An die Stelle einer die Rechte von Zugewanderten stärkenden „Minderheitenpolitik“ ist nunmehr nach deutschem Vorbild eine „Integrationspolitik“ getreten. An die Stelle von freiwilligen Angeboten zur Integration treten immer stärker Zwang und Verpflichtung. Die Zukunft wird zeigen, ob die Niederlande mit dieser Wende europaweit ähnliche Entwicklungen auslösen.

Originalzitate im Quelltext:

„Die Minderheitenpolitik hat auf denjenigen Gebieten zu positiven Ergebnissen geführt, in denen der Staat großen Einfluss auf die Verteilung der öffentlichen Mittel hat. Außer der Rechtsposition hat sich beispielsweise auch die Wohnungssituation der Immigranten deutlich verbessert (...) Auf Gebieten, in denen der Staat geringeren Einfluss hat, sind die Ergebnisse der Politik jedoch hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Auf dem entscheidenden Gebiet von Arbeit und Einkommen muss immer noch von einem großen Nachholbedarf gesprochen werden.“ (S. 351f)

„Seit den Neunzigerjahren ist dieser [multikulturelle] Konsens allerdings zerbrochen. In den vergangenen Jahren muss eine zunehmende Polarisierung der Diskussion rund um die Themen Immigration und Immigranten festgestellt werden. Die erprobte Strategie aus Beratschlagung, Kompromiss und Befriedung scheint weniger gut zu funktionieren.“ (S. 356)

„Das Bild der Niederlande als multikultureller Gesellschaft bedarf also der Differenzierung. Innerhalb der niederländischen Gesellschaft muss man sicherlich von einer gesteigerten ethnisch-kulturellen Verschiedenheit ausgehen. Die Verschiedenheit wird auch bis zu einem gewissen Maß toleriert – von einer enthusiastischen Annahme und Förderung des multikulturellen Ideals kann jedoch nicht die Rede sein.“ (S. 357)

Weiterführende Literatur:

Anita Böcker/Dietrich Thränhardt 2003: Erfolge und Misserfolge der Integration. Deutschland und die Niederlande im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26, S. 3.11.

Ruud Koopmans 2002: Zachte heelmeeesters... Een vergelijking van de resultaten van het Nederlandse en Duitse integratiebeleid en wat de WRR daaruit niet concludeert, nachgedruckt in: Migrantens-tudies, 18 Jg. Nr. 2, S. 87-92.

Nr. 1/2004:

Amtliche Statistik erfasst Zuwanderungserfolge nicht.

Berücksichtigt man die Eingebürgerten, fällt Integrationsbilanz positiver aus

Quelle: Salentin, Kurt/Wilkening, Frank 2003: Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 55, Heft 2, S. 278-298.

Problem: Die amtliche Statistik unterscheidet in Deutsche und Ausländer. Dieser rechtlichen Differenzierung fehlt die notwendige Tiefenschärfe, da sie nichts Definitives über einen etwaigen Wanderungshintergrund aussagt. So sind viele Deutsche im Ausland geboren und als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Laufe ihres Lebens eingewandert. Eine wachsende Gruppe von Deutschen setzt sich wiederum aus ehemaligen Ausländerinnen und Ausländern zusammen, die nach Deutschland zugewandert sind und dann eingebürgert wurden. Weit mehr als eine Million Menschen haben bisher bundesweit vom Recht auf Einbürgerung Gebrauch gemacht. Im Resultat ergibt sich eine stetig größer werdende quantitative Differenz zwischen Ausländerinnen und Ausländern auf der einen und Zugewanderten (Menschen mit Migrationshintergrund) auf der anderen Seite.

Diese Diskrepanz hat gravierende Folgen für die Sozialberichterstattung. Die Ausländerstatistik zeichnet kein vollständiges Bild des Standes der Integration. Da Eingebürgerte als Deutsche erfasst werden, besteht die Gefahr, dass vorhandene Integrationserfolge aus dem Blick geraten. Erfolgreiche Zuwanderinnen und Zuwanderer „verstecken“ sich gleichsam in der Kategorie der Deutschen. Es liegt daher nahe, zu vermuten, dass Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, berufliche Stellung, Einkommen etc. günstiger ausfallen, wenn sie nicht nur Daten für Ausländer, sondern auch für Eingebürgerte berücksichtigten.

Der Beitrag von Salentin/Wilkening überprüft diese Vermutung. Da die amtliche Statistik differenzierte Daten zur Lebenslage von Eingebürgerten nicht bereithält, wird auf zwei repräsentative Stichproben zurückgegriffen.

Methode: Salentin/Wilkening greifen zum einen auf das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) und zum anderen auf Daten aus der Studie „Zusammenleben in Deutschland (ZID)“ der Universität Bielefeld zurück. Das SOEP stellt Längsschnittdaten über deutsche und ausländische Privathaushalte zur Verfügung. Die Bielefelder Studie basiert auf einer Zufallsstichprobe, die namensorientiert aus Telefonbüchern gezogen wurde.

Ergebnis: Die Untersuchung streicht klar heraus, dass die Wahrscheinlichkeit der Einbürgerung mit dem wirtschaftlichen Erfolg ansteigt. Es sind die sozio-ökonomisch besser gestellten Zuwanderinnen und Zuwanderer, die einen deutschen Pass erwerben. Dadurch verbleibt in der Ausländerstatistik ein Personenkreis mit eher ungünstigeren wirtschaftlichen Parametern. Die Untersuchung erlaubt u.a. eine genaue Datendifferenzierung von Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit (im Folgenden Türken) und eingebürgerten ehemaligen Türken (im Folgenden Eingebürgerte). Die Resultate im Einzelnen:

Eingebürgerte sind besser auf dem Arbeitsmarkt verankert als Türken

- 56,2 % der Türkinnen und Türken arbeiten als un- und angelernte Arbeiter, verglichen mit 45,1 % der Eingebürgerten,
- nur 3,5 % der Türken sind Selbständige, aber 8,9 % der Eingebürgerten,
- 13,5 % der Türkinnen und Türken sind als qualifizierte Angestellte tätig, aber 25,3 % der Eingebürgerten,
- 17,2 % der Türkinnen und Türken verfügen über ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, verglichen mit 12,2 % der Eingebürgerten.

Eingebürgerte haben einen besseren Bildungsstatus als Türken

- 50,8 % der Türken sprechen gut/sehr gut deutsch, aber 71,6 % der Eingebürgerten,
- 24,1 % der Türken verfügen über keinen Schulabschluss, verglichen mit 16,2 % der Eingebürgerten,
- nur 5,5 % der Türkinnen und Türken haben Abitur, aber 14,7 % der Eingebürgerten.⁶

Die Daten belegen, dass die Integrationsbilanz besser ausfällt, wenn die Eingebürgerten mit berücksichtigt werden. Allerdings bleibt auch deren sozioökonomische Lage hinter der von Deutschen zurück. Aus den Ergebnissen ergibt sich die Forderung, die statistischen Systeme nicht mehr nur an der rechtlichen Unterscheidung von Deutschen und Ausländern auszurichten, sondern endlich so zu gestalten, dass sie die Nachhaltigkeit des Zuwanderungsprozesses erfassen.

Originalzitate im Quelltext:

„Eingebürgerte sind auf dem Weg zur ökonomischen Gleichstellung mit Alteingesessenen weiter vorangekommen als Ausländer. Die Bilanz der Ausländer wird dadurch belastet, dass ihnen die Einbürgerung selektiv die erfolgreichen Individuen entzieht, und die Ausländerstatistik zeichnet ein zu pessimistisches Bild der Zuwandererintegration (..).“ (S. 295)

⁶ Bildungsbeteiligung bezogen auf Alter unter 30 Jahre.

„Die scheinbare Stagnation des Integrationsprozesses seit Mitte der neunziger Jahre, die manchmal exemplarisch aus dem sich nicht mehr verringern den Bildungsabstand herausgelesen wird, ist ohne Zweifel zu einem Teil ein Artefakt des unangemessenen amtsstatistischen Beobachtungsansatzes; unsere Ergebnisse geben Anlass zu der Hoffnung, dass die strukturelle Integration der Zuwanderer auch in Zukunft voranschreiten wird.“ (S. 295)

„Denn wenn die Ausländerstatistik ein unnötig pessimistisches Bild zeichnet, wird das Land die anstehenden Entscheidungen unter der falschen Prämisse treffen, die Integration der Zuwanderer sei gescheitert – wie dies in der Vergangenheit von Politikern leider oft zu hören war –, und es wird die Effizienz integrationsbezogener Maßnahmen über Gebühr in Zweifel ziehen.“ (S. 295)

Hinweis: Sie finden alle bisher erschienen Ausgaben von „Wissenschaft kurz gefasst! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung“ im Internet unter: www.lzz-nrw.de. Dort können Sie den Info-Dienst auch abonnieren.

Für Nachfragen zum E-Mail-Dienst „Wissenschaft kurz gefasst! Informationen zu Migration und Integration aus der Forschung“ wenden Sie sich bitte im Landeszentrum für Zuwanderung NRW an Lydia Jendryschik und Dr. Bernhard Santel.